No. 294. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 25. Juni 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Gneisenaustr. 25, Petersburgerstr. 2, Gr. Frankfurterstr. 38 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Mylestraße 31, Schiffbauerdamm 1, Schützenstraße 27 am Moritzplatz, Königstr. 56/57, Rathenowerstr. 7, Potsdamerstr. 38, Bayreutherstr. 32, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 69 (Ecke Hohenstaufenstr.), Neu-York, Prinz-Handjerystraße 83/84 u. Berlinerstr. 73, Schöneberg, Vorbergstr. 8, Charlottenbg., Kantstr. 34, Pankow, Berlinerstr. 13b, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, Königs-Chaussee 61b.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Preußische „Selbstverwaltung".

Aus Hagen wird uns geschrieben:

Die Arnsberger Regierung scheint das Bedürfnis zu haben, sich zu einer reaktionären Musteranstalt ausbilden zu wollen, und ein gewisser „Erfolg" in dieser Richtung ist ihr nicht abzusprechen. Wenn es gilt, das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden zu verkümmern, oder wenn es darauf ankommt, hyperorthodoxe Bestrebungen in Kirche und Schule zu begünstigen, so ist die Arnsberger Regierung allemal dabei und sogar an der Spitze. Innerhalb weniger Wochen sind zwei Leistungen von ihr bekannt geworden, die in der breitesten Oeffentlichkeit gewürdigt zu werden verdienen.

Die Stadtverordneten in Lüdenscheid wählten vor mehreren Monaten bereits einstimmig den allgemein beliebten und vorzüglich bewährten Polizeikommissar Pahnke zum Polizeiinspektor. Der Regierungspräsident von Arnsberg aber dachte über die Befähigung des Polizeikommissars anders als die Bürgerschaft und ihre Vertretung; er verweigerte die Bestätigung mit der Begründung, daß Pahnke als Militäranwärter nicht die genügende Vorbildung für den Posten eines Polizeiinspektors biete. Dabei steht Pahnke schon seit einer Reihe von Jahren an der Spitze des Lüdenscheider Polizeiwesens.

Muß es schon scharf verurteilt werden, wenn die staatliche Bureaukratie so, wie es hier geschieht, in die Rechte der Gemeinde eingreift, so rückt ihr Verhalten in ein ganz eigenartiges Licht durch eine Mitteilung des Lüdenscheider Stadtverordnetenvorstehers. Dieser erzählte nämlich, daß ihm ein Fall bekannt sei, wo ein Militäranwärter, der die Prüfung als Kreissekretär nicht bestanden hatte, kurz darauf zum Bürgermeister einer Stadt gewählt und auch bestätigt wurde. Hierüber befragt, entgegnete der Regierungspräsident, „daß die Städte die Bürgermeister verdienen, die sie sich wählen". Während man also einmal den Grundsatz befolgt, daß die Gemeinden die Verantwortung für ihre Beamten zu tragen haben, will man andererseits dies Recht der Kommunen nicht anerkennen. Heute so, morgen so, „wie's halt trefft".

Wenn es wirklich noch eines Beweises von der willkürlichen Handhabung des staatlichen Bestätigungsrechtes bedurft hätte, wäre er von der Arnsberger Regierung erbracht worden. Was kümmert es überhaupt die Bureaukraten, wen sich die Gemeinde Lüdenscheid zum Polizeiinspektor wählt? Der für diese Stellung in Aussicht genommene, von den Steuerzahlern als tauglich befundene Polizeikommissar besitzt allerdings nicht die Qualifikation zum Reserveoffizier, er hat aber — dies Zeugnis wird ihm allgemein ausgestellt — die Prüfung des Lebens glänzend bestanden. Wenn unsere staatlichen Instanzen diese nicht als vollwertig anerkennen wollen, so ist es Sache der unabhängigen Presse, hiergegen aufs schärfste zu protestieren.

So ablehnend die Arnsberger Regierung der Selbstverwaltung der Kommunen gegenübersteht, so gefällig erweist sie sich aber Wünschen der orthodoxen Geistlichkeit hüben und drüben. Das beweist folgender Fall:

Zur Landkreise Hagen sollte eine interkonfessionelle amtliche Lehrerkonferenz stattfinden. Die ultramontane Geistlichkeit befürchtete aber, daß die katholischen Lehrer bei dieser Tagung „Schaden an Leib und Seele" nehmen könnten; sie protestierte, und in der entgegenkommendsten Weise hatte die Arnsberger Schulabteilung nichts Eiligeres zu tun, als die „gottlose" Konferenz zu untersagen. Man fragt sich vergeblich nach einem Grunde für dieses Verbot. Die katholische Geistlichkeit möchte ihre Lehrer gern vor jeder Berührung mit ihren evangelischen Kollegen — vor allem nach der Dortmunder Kundgebung — sorgsam schützen. Das ist bekannt. Was kümmert das aber die Regierung? Diese ist doch keineswegs dazu da, derartigen Wünschen Vorschub zu leisten. Die Konsequenz des Verbots einer amtlichen paritätischen Lehrerkonferenz wäre die Unterdrückung der gemischt-konfessionellen freien Lehrervereine.

Auf amtlichen Lehrerkonferenzen werden ausschließlich pädagogische und schultechnische Fragen erörtert. Was hat die Konfession hiermit zu tun? Oder will die Arnsberger Regierung Vorkämpfer für die Differenzierung auf diesem Gebiete sein? Evangelischer und katholischer Rechenunterricht! Das wäre eine Lust für die Orthodoxie!

Für die Kommunen hat die Sache insofern eine Bedeutung, als ihren Schuldeputationen mit staatlicher Genehmigung das Recht zusteht, Besprechungen mit den Lehrkräften abzuhalten. Natürlich werden sie sich gleichmäßig an alle Lehrpersonen wenden. Oder soll die sonst einheitliche Gemeindeverwaltung der katholischen Geistlichkeit zuliebe zweierlei Akten von Verwaltungsgrundsätzen betätigen? Nach unserer Auffassung darf die Gemeindeschulverwaltung unter keinen Umständen auf gemeinschaftliche Konferenzen ihrer Lehrkräfte verzichten. Sollte der Staat etwa ganz allgemein beabsichtigen, dem Arnsberger Vorgehen zu folgen, so wäre das ein neuer unerhörter Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen.

Die Landtagssession.

Der preußische Landtag tritt, wie bereits gemeldet, morgen zu einer kurzen formellen Tagung zusammen. Um 11 Uhr vormittag findet im Plenarsitzungssaale des Abgeordnetenhauses die gemeinsame Eröffnungssitzung statt, in der Fürst Bülow eine königliche Botschaft verliest. Um 12 Uhr wird sich das Abgeordnetenhaus vorläufig konstituieren und die Verlosung der angemeldeten Mitglieder in die Abteilungen vornehmen, um 1 Uhr konstituiert sich das Herrenhaus und schreitet zur Wahl des Präsidenten und Schriftführer. Im Abgeordnetenhause werden am Nachmittag die Fraktionen zusammentreten, um sich zu konstituieren, Vorsitzende zu wählen und die Mitglieder zu begrüßen. Statt 7 werden jetzt 8 Fraktionen bestehen, als kleinste die sozialdemokratische. Der Sonnabend dient zur Prüfung der Wahlen in den sieben Abteilungen, auf jede Abteilung fallen 68 bis 64 Wahlprüfungen. Die Wahl des Präsidiums und der Schriftführer erfolgt im Abgeordnetenhause erst am 30. Juni, vormittags 11 Uhr, da der 29. Juni katholischer Feiertag ist. Für denselben Tag ist die erste Lesung der zu erwartenden Vorlage des Pfarrerbesoldungsgesetzes vorgesehen, während am 1. Juli die zweite und dritte Lesung stattfinden soll, vorausgesetzt, daß gegen diese Maßnahmen keine Einsprüche, die geschäftsordnungsmäßig zulässig sind, erfolgen. Die Vorlage würde dann am 1. oder 2. Juli vom Herrenhause zu beraten sein, so daß die gemeinsame Schlußsitzung kaum vor dem 2. Juli stattfinden könnte. Man nimmt an, daß an diesem Tage die kurze Session nicht vertagt, sondern geschlossen werden wird.

* * *

Bei der Präsidentenwahl in beiden Häusern des Landtages sollen die bisherigen Präsidenten und Vizepräsidenten wieder in Vorschlag gebracht werden. Es sind im Herrenhause Freiherr v. Manteuffel, Becker, Freiherr v. Landsberg, im Abgeordnetenhause v. Kröcher, Porsch Dr. Kraufe (Königsberg). Eine Wiederwahl ohne Zettelabgabe ist nur möglich, wenn niemand dagegen Protest erhebt.

Eine scharfe Note.

Der russisch-türkische Konflikt.

Die russische offiziöse „Petersburger Telegraphenagentur" veröffentlicht einen Artikel, der sich mit den Grenzstreitigkeiten zwischen der Türkei und Persien beschäftigt, und der eine außerordentlich scharfe Sprache gegenüber der türkischen Regierung führt. Der Artikel lautet:

In der letzten Zeit haben nicht nur die Ueberfälle durch die Kurden zugenommen, sondern es ist auch die Meldung eingetroffen, daß reguläre türkische Truppen Punkte des persischen Gebietes außerhalb der strittigen Zone besetzt haben, darunter die Bezirke Salmas und Somai, die verhältnismäßig unweit von der russischen Kaukasusgrenze liegen. Nach einer seit Jahrzehnten bestehenden Gepflogenheit sind Rußland und England bei der Schlichtung von Grenzstreitigkeiten zwischen der Türkei und Persien beteiligt. Es ist daher nach einer Verabredung zwischen den Kabinetten von Petersburg und London beschlossen worden, daß der russische Geschäftsträger in Konstantinopel an die Pforte eine dahingehende Forderung stellen soll, die von dem englischen Vertreter energisch unterstützt wird. Dementsprechend hat der russische Geschäftsträger dem Großwesir aufs entschiedenste erklärt, Rußland könne nicht länger teilnahmsloser Zuschauer der fortwährend wachsenden Kurdengreuel und des Vordringens der türkischen Truppen bleiben, was mit den Versicherungen der Pforte vom letzten Winter, den status quo beizubehalten und eine Ueberschreitung der persischen Grenze nicht zulassen, in Widerspruch stehe. Der russische Geschäftsträger wies ferner darauf hin, daß das Erscheinen der türkischen Truppen unweit der russischen Grenze für Rußland von wesentlicher Bedeutung sei, und daß eine Fortsetzung des Vordringens der türkischen Truppen die **Beziehungen Rußlands und der Türkei zu komplizieren geeignet sei** und die Lösung der türkisch-persischen Grenzstreitigkeiten noch mehr erschweren könne.

Auf Vorstellung beider Vertreter versprach der Großwesir, Takhir-Pascha unverzüglich vorzuschreiben, die türkischen Truppen aus dem Bereiche der strittigen Zone abzuberufen und die Kurden zu zügeln. Der Großwesir hat jedoch auf Grund einer Meldung Takhir-Paschas die Besetzung Salmas und die Ueberschreitung des Bereiches der strittigen Zone in Abrede gestellt, mit Ausnahme einer kleinen Truppenabteilung und nur eines Ortes. Desgleichen wurde kategorisch die Beteiligung türkischer Kurden an den Greueln verneint. Nach den eingetroffenen Meldungen hat die von persischer und türkischer Seite abgeordnete Grenzkommission verabredet, gemischte türkisch-persische Abteilungen an diejenigen Orte abzusenden, an denen Kurdenscharen ihr Wesen treiben und um die Räuber im Schach zu halten.

Das Bemerkenswerteste an dieser scharfen Note ist der Umstand, daß in ihr ein ganz besonderer Nachdruck auf das Zusammengehen der russischen mit der englischen Regierung gelegt wird. Man sieht, daß das bei der Monarchenzusammenkunft in Reval geschlossene Abkommen zwischen Rußland und England ganz genau bestimmte Vereinbarungen enthalten muß.

* * *

General v. d. Goltz in der Türkei.

Während sich so der Konflikt zwischen der Türkei auf der einen Seite sowie zwischen Rußland und England auf der anderen Seite immer mehr zuspitzt, fährt man im Auslande fort, der Anwesenheit des preußischen Generalinspekteurs v. d. Goltz-Pascha in Konstantinopel besondere Beachtung zu schenken. Nach einem Telegramm aus Mailand erfährt der dortige „Corriere de la Sera" aus Konstantinopel folgendes:

Auf einem Bankett, das der General v. d. Goltz-Pascha in der Militärakademie von Pancaldi gegeben hat, und denn die gesamte Elite des türkischen Heeres beiwohnte, brachte der General beim Schlusse der Tafel einen Trinkspruch auf den Sultan aus. Er pries darin die Tapferkeit des Land, wo jeder auch ohne Mittel und Protektion in die Höhe kommen könne, vorausgesetzt, daß er seine Pflichten gegen den Sultan und das Heer erfülle.

Das Blatt, das die Rede des Generals v. d. Goltz als überaus charakteristisch bezeichnet, fügt hinzu, daß Tag und Nacht gearbeitet werde, um die Befestigungen der Dardanellen und am Schwarzen Meer zu armieren und Torpedos zu legen.

Da sich ohne Zweifel der Konflikt zwischen der Türkei und Rußland immer mehr zuspitzen wird, so wird jedes weitere Hervortreten des preußischen Generals v. d. Goltz in Konstantinopel ein noch größeres Aufsehen erreichen als bisher. Da aber die deutsche Politik bei einem derartigen Konflikt auf die Rolle eines unparteiischen Zuschauers angewiesen ist, so liegt die weitere Anwesenheit des Generals v. d. Goltz in der Türkei sicherlich nicht im deutschen Interesse.

Der Wahlterrorismus in Oberschlesien.

Zu ihrem Artikel über Arbeiterentlassungen infolge der Wahl stellt die „Germania" jetzt fest, daß die Ferdinandgrube, auf der die Arbeiterentlassungen vorgekommen sind, nicht fiskalisches Eigentum ist, sondern sich im Besitz einer privaten Bergwerksgesellschaft befindet, die in Kattowitz ihren Sitz hat.

Zu großen Lärmszenen

kam es in der gestrigen Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses bei der Erörterung deutscher Beschwerden über die Zurücksetzung des deutschen Elements in Böhmen. Aus Wien wird darüber berichtet:

In der fortgesetzten Budgetdebatte erklärte Abgeordneter Mühlwerth, von allen Ministern habe lediglich der Ackerbauminister die Deutschen vollauf befriedigt. In Eisenbahnangelegenheiten hätten die Deutsch-Böhmen eine Anzahl schwerer Beschwerden vorzubringen. Vom Unterrichtsminister könne man anerkennen, daß er seinen freiheitlichen Grundsätzen treu geblieben sei. Seine Partei wünsche keinen besseren Unterrichtsminister. (Lebhafter Beifall.) Abgeordneter Herold (deutsch-national) wandte sich gegen die Giltigkeit der Stremayerschen Sprachenverordnung, die nicht von deutsch-, sondern von tschechisch-böhmischen Richtern anerkannt sei, die massenhaft in deutsche Sprachgebiete versetzt wurden. Unter lebhaftem, lärmendem Widerspruch der Tschechen erklärte der Redner, der Bezirksrichter Freyer habe nur das Richtige getan, als er in Eger eine Klage in tschechischer Sprache mit der Begründung zurückwies, daß in Eger die tschechische Sprache nicht gerichtsüblich sei, und die Deutschen würden ihn deshalb verteidigen. Abgeordnete Dr. Mysliveč rief: „Pour le roi de Prusse." (Für den König von Preußen.) Dr. Herold: „Schweigen Sie mit dieser unverschämten Verdächtigung, Sie Schuft! (Unhaltender Lärm.) Der Präsident rief den Abgeordneten Herold zur Ordnung. Abgeordneter Herold: Sie verdächtigen und wollen die Verantwortung für solche Verdächtigungen nicht übernehmen. (Stürmische Protestrufe links.)

Im weiteren Verlaufe seiner Rede konstatierte Dr. Herold unter andauerndem Widerspruch der Tschechen, daß im deutschen Sprachgebiet zahlreiche tschechische Beamte angestellt sind, während in tschechischen Sprachgebieten mit kolossalen Minoritäten eine ganz verschwindende Anzahl deutscher Beamten fungiere. Das würden und könnten sich die Deutschen nicht gefallen lassen. Die Deutschen verlangen die nationale Autonomie, dann werde es Frieden werden; früher nicht. Die Deutschen seien verpflichtet, ihre deutsche Heimat bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Lukšch sprach sich darauf entschieden gegen den Bau des Donau-Oder-Kanals aus, der für Oesterreich direkt einen Selbstmord bedeuten würde.

Neue Studentenunruhen

werden aus Graz gemeldet. Ein offiziöses Telegramm besagt: Mittwoch nachmittag versammelten sich die deutsch-nationalen Studenten, verstärkt durch Handelsangestellte und Arbeiter, vor einem Hotel, von wo aus die katholischen Studenten mit einer Anzahl geladener Gäste einen Ausflug unternehmen wollten, und versuchten in den Restaurationsgarten einzudringen. Die Menge wuchs am Abend immer mehr an, und da die 50 Mann starke Polizeitruppe angesichts der immer kritischer werdenden Lage sich als zu schwach erwies, wurde eine Kompagnie Infanterie requiriert, die den Platz säuberte und die katholischen Studenten in ihre Wohnungen geleitete. Eine Abordnung der Demonstranten beschwerte sich beim Bürgermeister und beim Statthalter über das Vorgehen der Sicherheitswache und wegen Heranziehung des Militärs. Zu einem Zwischenfall kam es nicht. Drei Verhaftungen wurden vorgenommen.

Delcassé bei König Eduard.

Nach einem Telegramm aus London empfing der König Eduard von England dort gestern den früheren französischen Minister des Auswärtigen Delcassé.

Bei der jetzigen politischen Konstellation ist der Empfang Delcassés durch den König Eduard von ganz besonderem politischen Interesse.

Ein Schreckensregiment

übt jetzt der Schah von Persien aus, nachdem ihm mit Hilfe seiner Kosaken der gegen das Parlament unternommene Gewaltstreich gelungen ist. Wie einem Londoner Blatte aus Teheran gemeldet wird, sind zwei nationalistische Führer im königlichen Lager gehenkt worden. Um das Schicksal anderer neun Führer einschließlich des Präsidenten des Parlaments hegt man Besorgnis, obwohl der Schah versprochen hat, ihr Leben zu schonen. Truppen überwachen die Zugänge zu der englischen Gesandtschaft und haben Befehl, die Flüchtlinge niederzuschießen, die dort Schutz suchen wollen.

Die blutigen Vorgänge in Teheran üben natürlich auch ihre Nachwirkung auf die Provinz aus. Nach einem Telegramm aus Täbris fand dort gestern seit dem frühen Morgen ein Scharmützel zwischen Aufständischen und Reaktionären statt. Auf seiten der Reaktionäre steht die Geistlichkeit. Die Bazare, Bankhäuser und Bureaus sind geschlossen. Der Telephonbetrieb ist unterbrochen.